

Angriffe gegen die Institutionen der Wissenschaft und ihre Instrumentalisierung im illiberalen Regime

Eine Anregung zum Überdenken der gesellschaftlichen Rolle der Wissenschaft und ihre Perspektiven

Andrea Pető

1. Einleitung

Dieser Beitrag basiert auf dem überarbeiteten Vortragsmanuskript für das Symposium »Universitäre Redefreiheit und Wahrheitsanspruch – Ein Spannungsverhältnis und seine Gestalt in Zeiten aktueller Konjunktur des Nationalistischen«, organisiert von der Universität Wien, Institut für Germanistik, Arbeitsbereich Deutsch als Zweitsprache und vom Institut für LehrerInnenbildung, Universität Bielefeld sowie von der Arbeiterkammer Wien am 21. April, 2020, das coronabedingt ausfiel. Aus dem Ungarischen übersetzt von Krisztina Kovács unterstützt durch die kanadische Botschaft in Österreich.

Die Universitätsdozent*innen in Ungarn, die ohnehin schon unter der steigenden administrativen Belastung der universitären Arbeit und unter ständigem Publikationszwang ächzen und gleichzeitig mit einem halben Auge auf die Bewertungen seitens der Studierenden schielen, hätten nie damit gerechnet, dass dazu noch eine weitere Konfliktquelle kommen könnte, die ihnen das Leben schwer macht (vgl. Kovács/Pető 2017: 117-133; Pető 2016: 41-49). Aufgrund der zunehmenden »Industrialisierung« des Universitätsbetriebes geraten der politische Wert der eigenen Arbeit und die eigene Verantwortung oft in Vergessenheit. Aber das Verbot der Gender Studies und die Gründung von regierungsnahen, pseudo-wissenschaftlichen Institutionen haben uns aufgerüttelt. Bei den Studieninhalten geht es mittlerweile schon darum, ob und wie Wissenschaft und Erkenntnisse der Wissenschaft im Gegenwind der diskursprägenden Bestrebungen der Politik überleben bzw. überliefert werden können. Darauf, dass es hier bereits um Leben und Tod geht, macht uns der Paradigmenwechsel aufmerksam, der zurzeit in der Wissenschaft und so auch im Universitätsbetrieb vonstatten geht.

In immer mehr Ländern lässt sich beobachten, dass der Staat vom Illiberalismus¹ in Geiselnhaft genommen wird. Es irrt sich, wer glaubt, dass das wissenschaftliche Leben außerhalb besagter Länder von dieser neuartigen Regierungsform, die die gesellschaftliche Relevanz und Nützlichkeit des Wissens, seine Inhalte, Institutionen und seine staatliche Finanzierung in Frage stellt, verschont bleiben wird.

Wenn es so weit ist und sich dieser Prozess Schritt für Schritt vollzogen hat, kann die wissenschaftliche Elite – die nach Durchlaufen verschiedener institutioneller und informeller Auswahlverfahren zustande gekommen ist – zwischen verschiedenen Handlungsmöglichkeiten wählen. Wir Akademiker*innen können bequem im Sessel sitzend mit einem feinen, herablassenden Lächeln die Mitteilungen lesen, dass ungeeignete Günstlinge an die Spitze von gut zahlenden staatlichen Institutionen gesetzt wurden. Wir können uns vielleicht in der Hoffnung wiegen, dass der politisch motivierte Geldentzug, der eine qualitativ hochwertige geistige Arbeit in renommierten Institutionen mit langer Tradition vereitelt, nicht für die Ewigkeit ist. Wir können uns vielleicht Hoffnungen machen, dass die wissenschaftlich qualifizierte Elite, die sich in die Institutionssysteme der Wissenschaft zurückgerettet und eingesperrt hat, die populistischen Kräfte der Quasiwissenschaftlichkeit vom Elfenbeinturm der Wissenschaft fernhalten kann. In meinem Beitrag behaupte ich, dass diese Haltung ein Selbstbetrug ist. In mehreren Ländern wird die Grundlage der Wissenschaft – die freie Meinungsäußerung und die Wahrheitssuche – auf Initiative des Staates hin kriminalisiert bzw. delegitimiert.

Ein Rückblick auf die Ereignisse der vergangenen vier Jahre in Ungarn zeigt mit anschaulichen Beispielen, wie der illiberale Staat sich die Wissenschaft einverleibt, indem er Standbeine der Wissenschaft vernichtet oder sie okkupiert, um sie dann mit Inhalten den eigenen Interessen entsprechend zu füllen und um sie umzugestalten: Infolge der LEX CEU war die Budapester Central European University (CEU) 2017 gezwungen, das von Österreich angebotene politische Asyl anzunehmen und ihren Sitz nach Wien zu verlegen; 2018 wurden die Gender Studies unterbunden; ebenfalls in diesem Jahr musste der Hauptsitz der von George Soros gegründeten *Open Society Foundations* aus Budapest nach Berlin ziehen; im Rahmen der letzten großen Aktion wurde 2019 durch die Verstaatlichung des Eigentums der Ungarischen Akademie der Wissenschaften (MTA), die oberste Institution der Wissenschaft in Ungarn eingenommen. Der Kulturkampf in Ungarn scheint also entschieden zu sein (vgl. Pető 2020a und 2020b). Wir haben verloren. Doch das

1 Illiberalismus lässt sich am besten durch die Ergebnisse seiner Funktionsweise definieren: das heißt, wie diese zu gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Polarisierung führen so, dass sie dabei die Unabhängigkeit des Rechtssystems aufheben, die Medien und die Wissenschaft in ihrer Freiheit beschneiden, den Staat im Interesse einer engen und dem illiberalen Staat loyalen Interessengruppe nutzen.

Leben bleibt nicht stehen. In dieser Situation gilt es herauszufinden, wie es weitergehen soll.

Die Methoden des illiberalen Staates zur Beeinflussung der wissenschaftlichen Arbeit werden im Folgenden anhand zweier Vorfälle vorgestellt, aus denen etwas zu lernen ist. Die Schilderungen sollen zu einem Nachdenken darüber anregen, was wir darunter verstehen, wissenschaftlich zu arbeiten, und welche Rolle dabei den Universitäten zukommen soll. Diese Veränderung betrifft nicht nur Ungarn, wo sie vonstattengegangen ist, sie geht bis zu einem gewissen Grade alle an, die im Universitätsbetrieb tätig sind.

2. Einschüchterung von Wissenschaftler*innen durch anonyme Drohnachrichten²

In ihrer Präsidentschaftsansprache mit dem Titel »Sind Sie bereit für diese Arbeit zu sterben? Gezielte öffentliche Online-Belästigung im Hochschulwesen« auf dem Treffen der *Sociologists for Women in Society* analysierte Abby L. Ferber 2017 die Bedrohungen und Belästigungen, denen Pädagog*innen an Hochschulen in den Vereinigten Staaten ausgesetzt sind – und zitierte Malcolm X: »Wenn ihr nicht bereit seid, dafür zu sterben, nehmt das Wort ›Freiheit‹ aus eurem Wortschatz« (Ferber 2018: 301-320; Übersetzung K. Kovács). Historisch gesehen, wie im Falle von Giordano Bruno oder Spinoza, wurde die wissenschaftliche Arbeit täglich von Drohungen begleitet. Heutzutage glauben wir als Wissenschaftler*innen fälschlicherweise, dass wir in einem sicheren akademischen Umfeld arbeiten, aber das ist zunehmend nicht mehr der Fall. Es stellt sich daher die Frage, warum die intellektuelle Arbeit, d.h. Lehre und wissenschaftliche Forschung, wieder zu einer lebensbedrohenden Beschäftigung geworden ist. Da die Geschlechterforschung solchen Angriffen ganz besonders ausgeliefert ist, wird es immer dringlicher, sich zu wehren, Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Dazu sind zuerst einmal genauere Kenntnisse ihrer Wirkungsmechanismen erforderlich, deshalb sollen in diesem Beitrag anhand von selbst erlebten Vorfällen einige psychische, institutionelle und gesellschaftliche Gesetzmäßigkeiten ihrer Funktionsweise gezeigt werden.

2 Eine frühere Version des folgenden Kapitels erschien unter dem Titel »Exorzismus per E-Mail. Ungarns Angriff auf die Geschlechterforschung ist ein Angriff auf die freie Gesellschaft.« (Pető 2019a) Geschichte der Gegenwart 7. Juli 2019 [https://geschichtedergegenwart.ch/exorzismus-per-e-mail-ungarns-angriff-auf-die-geschlechterforschung-ist-ein-angriff-auf-die-freie-gesellschaft/\(vom 12.5.2020\)](https://geschichtedergegenwart.ch/exorzismus-per-e-mail-ungarns-angriff-auf-die-geschlechterforschung-ist-ein-angriff-auf-die-freie-gesellschaft/(vom%2012.5.2020)).

2.1 Die Drohnachricht

Das Internetportal academia.edu ist eine Plattform, die es Forscher*innen ermöglicht, ihre Arbeit mit denen zu teilen, die keinen Zugang zu einer mit Büchern und Zeitschriften gut ausgestatteten wissenschaftlichen Bibliothek haben. Die Plattform macht insbesondere auch Arbeiten sichtbar, die sonst nicht von Datenbanken indexiert werden, wie z.B. Aufsätze in Sammelbänden. Weniger bekannt ist, dass academia.edu über eine Messaging-Funktion verfügt; so wusste ich bis zum 2. März 2017 auch nicht, dass es diese gibt. An diesem Tag aber erhielt ich eine Drohnachricht von einem sich hinter einem Pseudonym versteckenden User, die neben Anspielungen auf den Teufel und verschiedenen Flüchen auch die Ausrottung meiner ›Rasse‹ vorsah. Ich geriet in Panik. Damals war der globale Angriff auf die Gender Studies bereits in vollem Gange; in den ungarischen Medien und im Internet hatten sich die Attacken bereits verschärft, insbesondere nachdem die Budapester Eötvös-Loránd-Universität (ELTE) 2018 mit ihrem staatlich finanzierten Gender Studies Masterstudiengang begonnen hatte. Auf einmal hatte jeder und jede – aber vor allem jeder – im Parlament, in der Presse und im Internet eine Meinung darüber, worum es in der Geschlechterforschung geht, was wir lehren und was die Voraussetzungen für die Zulassung und den Abschluss eines Studiums sind oder sein sollten.

Vor dieser Nachricht auf academia.edu hatte ich noch nie Drohnachrichten erhalten, aber das, was Ferber treffend »gezielte öffentliche Online-Belästigung« (Ferber 2018: 301; Übersetzung K. Kovács) nannte, ist, seit ich anfang, online zu schreiben, Teil meines Alltag – wenn bei solchen online-Texten das Kommentieren möglich ist, dann ist in der Regel der zweite Kommentar eine antisemitische Beleidigung. Die Journalist*innen unter meinen Bekannten schlugen mir vor, ich solle aufhören, Kommentare zu lesen, was sie selbst auch nie tun würden. Ich nahm ihren Rat an und richtete mich in der Illusion ein, das Internet und die Realität seien zwei verschiedene Bereiche, und was auch immer im virtuellen Raum passiere, habe keine reale Wirkung auf mich.

Allerdings nur bis zum oben erwähnten Vorfall, als ein registrierter Benutzer von academia.edu meinen Artikel über die Geschichte der Abtreibungsregelung in Ungarn heruntergeladen und mir dann eine Nachricht mit einem satanistischen Gedicht geschickt hatte. In Panik aufgelöst schrieb ich an den Prorektor für ungarische Angelegenheiten der Central European University (CEU), der mich sofort anrief und mir riet, zur Polizei zu gehen. Bald darauf rief mich auch der Anwalt der Universität an, gefolgt vom Vizepräsidenten für Verwaltung der Universität, die beide fragten, wie sie helfen könnten. Es bedeutete mir sehr viel, dass mir mein Arbeitgeber zur Seite stand. Ich sagte meinen Vorgesetzten, dass ich mir nicht sicher sei, ob das von einem einsamen Menschen geschrieben wurde, geleitet von schiefer Wut, also von jemandem, der nicht ernst genommen werden muss – oder ob

dies eine ernsthafte Bedrohung ist, die man nicht auf die leichte Schulter nehmen sollte.

Deshalb folgte ich dem Ratschlag meines Arbeitgebers und ging zur Polizei des 13. Budapester Bezirks, wo nach anderthalb Stunden Wartezeit eine erschöpfte und gelangweilte Polizistin meine Anzeige aufnahm. Sie bat mich in sehr professioneller Art, sie über neue Entwicklungen zu informieren und ihr alle Beweise, die ich besitze, per E-Mail zuzusenden. Das tat ich, sobald ich wieder zu Hause war. Die überlasteten und unterbezahlten Polizist*innen hatten für die Untersuchung dieses Falls 30 Arbeitstage Zeit, um zu entscheiden, ob ein Leben in Gefahr sei – unnötig zu erwähnen, dass dies eigentlich sofortige Maßnahmen erforderlich gemacht hätte. Ein Bekannter, der mit der Aufklärung von Hassverbrechen vertraut ist, schlug vor, mich persönlich mit der zuständigen Ermittlerin in Verbindung zu setzen, um Druck auf sie auszuüben, damit sie gründliche Arbeit leistet.

Obwohl ich den Namen der mit meinem Fall betrauten Ermittlerin in Erfahrung bringen konnte, war es eine echte Herausforderung, sie zu erreichen. Jedes Mal, wenn ich anrief, war sie entweder beim Mittagessen, bei einem Training oder sie hatte gerade frei. Schließlich, nach Wochen, erwischte ich sie, nur um zu hören, dass sie noch nicht die Zeit gefunden habe, in meine Akte zu schauen. Sie versicherte mir, dass sie den Fall überprüfen und mich anrufen würde. Das hat sie nie getan. Ich machte noch ein paar weitere Versuche, sie zu erreichen, aber ohne Erfolg. Als die 30 Arbeitstage vorbei waren, rief ich wieder an. Die Ermittlungsbeamtin, von meinem Anruf überrascht, teilte mir mit, dass die Untersuchung eingestellt worden war.

Die Untersuchung wurde mit dem Argument eingestellt, dass der Text der Drohnachricht aus den Songzeilen einer satanistischen Band stammt und daher nicht die individuellen Ansichten des Absenders darstellen würde; folglich sei es nicht die Intention des Textes, Angst einzujagen. Da es in der Nachricht zudem keine ausdrückliche Adressatin gab, könne auch nicht nachgewiesen werden, dass die Nachricht für mich bestimmt war. Schließlich wurde mir im Einstellungsbeschluss Folgendes mitgeteilt: »Es war im Zuge der Untersuchung nicht möglich festzustellen, ob der anonyme Benutzer den Text einfach nur aus dem Grund geschickt hat, um Aufmerksamkeit zu erregen«.

Trotz dieses Rückschlags habe ich Berufung bei der Staatsanwaltschaft eingelegt, denn als ich meine Geschichte in Gender Studies-Kreisen erzählte, erfuhr ich, dass auch andere von demselben Benutzer Drohungen erhielten. Die Ablehnung der Berufung erfolgte am 7. September 2017. »Die Handlung des unbekanntes Benutzers, das Versenden von Versen zum Exorzismus per E-Mail, nicht als Akt der gewalttätigen Belästigung identifiziert werden kann, da sie keine Bedrohung für eine konkrete Person enthält. Gemäß dem Strafgesetzbuch kann die Verwendung von Sätzen wie ›Ich werde dich jagen‹ und ›Ich werde dich vom Erdboden vertreiben‹ nicht als Verbrechen gegen eine Person identifiziert werden« – steht als Be-

gründung im Beschluss. Der stellvertretende Bezirksstaatsanwalt fügte hinzu, dass meine Berufung keine neuen Informationen oder Fakten enthalte. Damit hatte ich alle möglichen rechtlichen Maßnahmen ausgeschöpft. Die einzige Möglichkeit, die mir in dieser Situation noch übrig geblieben wäre, war, mich an einen Hacker zu wenden, für den es einfach gewesen wäre herauszufinden, wer der Täter ist, da sein Profil auf academia.edu immer noch aktiv ist. Stattdessen entschied ich mich lieber dafür, die Geschichte und die Lehre, die man daraus ziehen kann, auf allen verfügbaren Foren zu erzählen, um ein möglichst breites Publikum zu erreichen.

2.2 Die Lehre aus dem Vorfall

Welche Einsichten können wir aus all dem gewinnen? Erstens kann ein noch so gut organisiertes Rechtssystem funktionsunfähig werden, wenn es mit den Veränderungen der Realität nicht Schritt hält. »Gezielte Online-Belästigung« oder vielmehr Bedrohung, die in der Öffentlichkeit stattfindet, ist nämlich von anderer Natur als die im Strafgesetzbuch definierte Bedrohung. Die Zielscheibe dieser Täter*innen sind in erster Linie Wissenschaftler*innen, Lehrer*innen und Denker*innen; und das eigentliche Ziel der Täter*innen ist es nicht, den Zielpersonen mit physischer Gewalt zu drohen. Sie wollen ihnen Angst einjagen und sie in Unsicherheit halten. Hier handelt es sich also um psychische Gewalt. Zweitens dauerte das gesamte rechtliche Verfahren fünf Monate. Mir oder den anderen, die eine ähnliche Drohnachricht erhalten hatten, hätte in dieser langen Zeit alles Mögliche passieren können. Drittens: Trotz der Tatsache, dass der Täter Drohnachrichten per E-Mail und Facebook an andere geschickt hatte, wurde die Untersuchung dieser Fälle verweigert. Jede Person, die vom gleichnamigen Benutzer bedroht wurde, gehört zur Budapester Gender Studies-Gemeinschaft. Und genau hier sollten wir anfangen, den breiteren Rahmen zu analysieren, den Grund für diese Drohungen. Denn diese »öffentliche gezielte Online-Belästigung« ist mit einem neuen Phänomen verbunden. In der Öffentlichkeit erschienen Anti-Gender-Bewegungen³ und Hassreden gegen alle regimekritischen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen mit dem Ziel, die politische und wissenschaftliche Legitimität der Geschlechtergleichheit in Frage zu stellen.

3 Mehr dazu siehe: [https://www.zeitschrift-luxemburg.de/gender-als-symbolischer-kitt/\(vom-7.8.2020\)](https://www.zeitschrift-luxemburg.de/gender-als-symbolischer-kitt/(vom-7.8.2020)).

3. Methoden des illiberalen Staates zur Einverleibung von Institutionen der Wissenschaft am Beispiel der Genderforschung in Ungarn⁴

In diesem Abschnitt soll das Modus Operandi des illiberalen Staates zur Einverleibung und ideologischen Umprogrammierung von Institutionen der Wissenschaft zwecks Erweiterung und Befestigung seiner Macht analysiert werden.

Als das *Open Society Archive* in Budapest im Sommer 2007 seine Sammlung überprüfte, identifizierte es 100.000 Bände, die in den letzten 20 Jahren niemand gelesen hatte. Diese Bücher waren alle vor 1989 publiziert worden und über *Radio Free Europe* ins Archiv gekommen. Dieses gab bekannt, die Bücher an die interessierte Öffentlichkeit zu verschenken; dennoch verblieben rund 20.000 solcher ungelesenen Bücher in seiner Sammlung. Da kam die Kunst zu Hilfe: Man beschloss, aus ihnen plastifizierte Bücherwürfel herzustellen und sie an Institutionen zu verschenken. Dort sollten sie als Tische, Stühle oder einfach nur als Kunstwerk dienen und die Betrachter*innen an die Fehlbarkeit eines Wissens erinnern, das in der staatlich kontrollierten Wissenschaftswelt Osteuropas produziert worden war. Werden die wissenschaftlichen Bücher, die heute in Ungarn und in anderen Ländern mit illiberalen Regimes produziert werden, auch bald als Kunstobjekte in Plastikwürfeln landen? Früher oder später höchstwahrscheinlich schon.

3.1 »Polypor-Staaten«

In Ungarn vollzogen sich kürzlich zwei beunruhigende und miteinander verbundene Entwicklungen. Erstens verstaatlichte und zentralisierte der ungarische Staat 2019 – ganz nach dem russischen Modell der institutionellen Reform – die Forschungsinstitute der Ungarischen Akademie der Wissenschaften. Und zweitens wurde die Central European University (CEU) ins Exil gezwungen – von einem Mitgliedsland der EU in ein anderes! Wie werden diese Entwicklungen nun die Forschung im Bereich der Sozial- und Geisteswissenschaften beeinflussen? Schließlich sind sie es, die in den illiberalen Staaten im Fokus der Angriffe gegen die Wissenschaft stehen.

Die Freiheit der akademischen Forschung war schon immer eine gewisse Illusion, da ihre finanzielle Absicherung in jedem Fall von anderen abhängig ist. Es gibt zwei verschiedene Modelle: Gemäß dem einen, von Wilhelm von Humboldt entwickelt, wird die Wissenschaft vom Staat finanziert; gemäß dem anderen, das

4 Eine frühere Version erschien unter dem Titel »Science for a Plastic Cube. Polypore Academia redefining the Rules of Science.« *Geschichte der Gegenwart*, 2. Oktober 2019 <https://geschichtedergewegung.ch/science-for-a-plastic-cube-polypore-academia-redefining-the-rules-of-science/> (vom 16.7.2020).

zur angelsächsischen Tradition gehört, stellen private Geldgeber Mittel bereit. Allerdings wird in beiden Fällen die Finanzierung in der Regel von einem Gremium aus wissenschaftlichen Expert*innen verwaltet. Beide Modelle haben jeweils Vor- und Nachteile, so auch das ursprünglich mehrheitlich nach dem Humboldtschen Modell organisierte System in Ungarn. Aber die neue Wissenschaftspolitik und die Umverteilung staatlicher Zuschüsse haben dieses System, das bis dahin freie wissenschaftliche Forschung gewährleisten konnte, zu seinem Nachteil verändert.

In den letzten zehn Jahren haben Politikwissenschaftler*innen ausführlich darüber diskutiert, mit welcher Terminologie die jüngsten Entwicklungen in Ländern wie Ungarn, Polen, Serbien, Brasilien, den USA und der Türkei am besten nachzuvollziehen sind. Mit Weronika Grzebalska nennen wir diese Staaten mit Blick auf den dort überall sehr ähnlichen *modus operandi* der politischen Macht (und gemäß dem biologischen Begriff für parasitäre Baumpilze) »illiberale Polypor-Staaten« (Grzebalska/Pető 2018: 164-172). Im Gegensatz zu anderen Politikwissenschaftler*innen, die diese Staaten (und ihre Staatschefs) aufgrund ihrer Leistung, ihrer in Wählerstimmen messbaren Effektivität bewundern, argumentieren wir, dass die Polypor-Staaten keine originellen Ideen haben, sondern nur Ideen von anderen übernehmen, die sie für ihre eigenen Zwecke verwenden, d.h. für den bloßen Erhalt ihrer Macht.

Dazu arbeitet der Polypor-Staat mit drei Konzepten. Das erste ist das Konzept ›Sicherheit‹. Der Polypor-Staat erklärt in seinem öffentlichen Diskurs alle möglichen Aspekte des Lebens und der Politik zu einer Frage der ›Sicherheit‹; dies betrifft auch und insbesondere die Geschlechterforschung sowie die kritischen Intellektuellen, die als eine Bedrohung für diese ›Sicherheit‹ dargestellt werden. Dazu gehört zweitens eine spezifische Familienideologie, die beinhaltet, dass der Staat die Familie – gemeint sind überwiegend Mittelstandsfamilien – unterstützt, wobei er den Wert der Geschlechtergerechtigkeit bewusst ignoriert. Das dritte Konzept schließlich ist für die akademische Wissensproduktion das relevanteste, nämlich die Gründung und Förderung neuer Forschungs- und Lehrinstitutionen und damit die Schaffung eines neuen Phänomens: der Polypor-Wissenschaft. Während der letzten zehn Jahre wurden in den illiberalen Polypor-Staaten mehrere neue Forschungseinrichtungen, Museen und Universitäten gegründet, die genau das gleiche Profil haben wie die bereits bestehenden Museen und Universitäten. Um ein Beispiel zu nennen: Bis zur Gründung der Polypor-Institutionen war das Institut für Geschichtswissenschaft der Ungarischen Akademie der Wissenschaften u.a. auch für die Forschung der Nachkriegszeit und der Zeitgeschichte zuständig. Nun wurden im Laufe der letzten sieben bis zehn Jahre vier weitere Institutionen (Veritas, Clio, NEB, Retörki) für die Erforschung dieses Themas gegründet, um das vom Polypor-Staat vertretene, wissenschaftlich nicht belegte Narrativ mit ihren ›Forschungsergebnissen‹ zu verstärken. Allerdings werden hier die Regeln der Wissenschaftlichkeit nicht beachtet, es gibt keine wissenschaftliche Qualitäts-

sicherung, aber dafür stehen ihnen Finanzmittel grenzenlos zur Verfügung, die teils aus Steuergeldern, teils aus dem aus Steuergeldern und EU-Zuschüssen finanzierten Budget der traditionellen Institutionen nun in diese gepumpt werden.

Zur populistischen Wende gehört außerdem, dass der Mangel an Qualitätskontrolle in den Polypor-Institutionen dazu beiträgt, die Systeme und Institutionen der akademischen Qualitätskontrolle im Allgemeinen anzugreifen. In den betroffenen Ländern ernennen die Regierungen politisch zuverlässige Kommissar*innen zu Führungskräften und Mitgliedern von Einrichtungen zur Qualitätssicherung. Jeder andere Mechanismus der wissenschaftlichen Bewertung wird durch den Staat systematisch zerstört. Das erklärt die Angriffe gegen die Ungarische Akademie der Wissenschaften, die bis dato den für Professuren erforderlichen Dokortitel der Akademie der Wissenschaften (DSc) verlieh. Inzwischen sind die staatlichen Universitäten damit beschäftigt, diese Anforderung aus ihren Bestimmungen über die Beförderungskriterien zu streichen. Das Personal dieser Polypor-Institutionen wird über persönliche informelle Kanäle und Netzwerke rekrutiert – und nicht über die öffentlichen akademischen Stellenausschreibungen.

3.2 Gravierende Konsequenzen

Welche Folgen hat der Ausbau dieses neuen pseudo-akademischen Polypor-Netzwerks für die Sozial- und Geisteswissenschaften? Dazu gehört erstens die Vermännlichung des Berufsstandes, denn alle, die in letzter Zeit ernannt wurden, sind sehr ehrgeizige junge Männer, bestens vernetzt mit jenen älteren Herren, die diese Entwicklung vorantreiben. Letztere suchen junge Männer, die einen sehr ähnlichen Habitus haben wie sie selbst, aber 25 Jahre jünger sind. Zweitens ergeben sich deutliche Unterschiede in der Bezahlung: Professor*innen dieser Polypor-Institutionen verdienen mindestens doppelt so viel, außerdem haben sie dort Zugang zu attraktiven Forschungs- und Reisestipendien, im Gegensatz zu Professor*innen von herkömmlichen Institutionen der Wissenschaft, deren Möglichkeiten in dieser Hinsicht sehr begrenzt sind. Nach den Richtlinien des kürzlich veröffentlichten einschlägigen Regierungsbeschlusses müssen sich die Forschungsinstitute, so auch die, die einst der Akademie der Wissenschaften gehörten und eine staatliche Grundfinanzierung erhielten, nicht nur um Projektförderung bewerben, sondern auch um die Grundfinanzierung. Allerdings sind die Bewertungskriterien nicht explizit definiert, nur dass die Zuschüsse aufgrund der Leistung bzw. entsprechend der Größe der Forschungsaufgabe bewilligt werden. Dieses manipulierbare Finanzierungssystem ist dazu geeignet, den kontinuierlichen Betrieb von Forschungsinstituten zu gefährden und sie dadurch nicht nur von den Zuschüssen des ungarischen Staats, sondern auch von EU-Zuschüssen abzuschneiden. Die dritte Konsequenz stellen die Veränderungen in der Wissenschaftspolitik dar: Da die offiziellen Anforderungen für Professuren

nur vorsehen, dass Wissenschaftler*innen Publikationen in Fremdsprachen und Erfahrung in der Lehre im Ausland vorweisen können sollten, veröffentlichen diese Quasi-Wissenschaftler*innen in von Polypor-Institutionen selbst herausgegebenen englischsprachigen Zeitschriften in Zentralasien, Russland, Iran oder China und unterrichten in Ungarisch an Universitäten, die von der ungarischen Regierung in Nachbarländern mit ungarischen Minderheiten großzügig unterstützt werden. Bei diesen Zeitschriften handelt es sich nicht um die üblichen, von zwielichtigen Wirtschaftsunternehmen betriebenen Raubverlage, sondern um Zeitschriften, die ohne jegliche Qualitätskontrolle Arbeiten eines geschlossenen, auf politischer Loyalität basierenden Kreises publizieren.

Die wichtigste Konsequenz jedoch ist, dass dieses neue akademische System die Themenwahl und die Richtung der wissenschaftlichen Fragen beeinflusst; es bedeutet mit anderen Worten die Rückkehr der Selbstzensur. Das betrifft die Auswahl der Forschungsthemen ebenso wie die Teilnahme an der öffentlichen Debatte oder gar das »Liken« eines Facebook-Posts. In der Polypor-Wissenschaft sichert die Loyalität gegenüber der gruppeninternen Forschung den Zugang zu Finanzmitteln – und diese reichlich zur Verfügung stehenden Mittel sind, ganz im Gegensatz zu europäischen Forschungsmitteln, wegen der finanziellen und administrativen Struktur nur für sie zugänglich, sodass sie unter allen Umständen mit diesen Mitteln rechnen können. Die einzige Bedingung ist, dass die vorgeschlagene Forschung mit den Zielen des Polypor-Staates vereinbar ist: die Übernahme des staatlichen »Sicherheits«-Diskurses und die Unterstützung der Ideologie des Familialismus.

3.3 Die Rolle der EU

Werden die Bücher, die in Ungarn und anderen Ländern, in denen der Polypor-Staat den Staat und das akademische Leben in Geiselhaft genommen hat, produziert wurden, in einem Plastikwürfel enden, weil sie niemand lesen wird? Wie gesagt: Das ist sehr wahrscheinlich. Dieser Prozess wirft aber auch ernste Fragen für die gesamte europäische wissenschaftliche Zusammenarbeit auf. Sie betreffen erstens das europäische Bewertungssystem, da der Eintritt bzw. ein beliebiger Platz im akademischen Bereich von politischen Konfigurationen abhängt. Zweitens wird dieser Prozess der bereits bestehenden Ökonomisierung der europäischen Forschung zusätzlichen Auftrieb geben. In erster Linie nutzt die Polypor-Wissenschaft die Ressourcen der Sozial- und Geisteswissenschaften und zwar aus ideologischen Gründen; sie nutzt aber auch diejenigen der Natur- und Ingenieurwissenschaften sowie der Medizin, bloß dass der Zweck in diesem Fall ist, sich daraus finanzielle Vorteile zu verschaffen. Die jüngste Verstaatlichung des Forschungsnetzwerks der Ungarischen Akademie der Wissenschaften bedeutet, dass unter dem neu geschaffenen Dach der unternehmerischen und akademischen Zusammenarbeit –

für deren Notwendigkeit die Regierung mit vehementer Rhetorik über Exzellenz und ›Impact‹ argumentiert – private Unternehmen staatliche und EU-Mittel in einer nicht transparenten Weise erhalten, die dann ausgegeben werden, um politisch loyale Forscher*innen und Quasi-Wissenschaftler*innen zu unterstützen. Ich betone es noch einmal: ohne transparente und professionelle Qualitätskontrolle.

Drittens stellt sich die Frage nach der Existenz oder vielmehr Nicht-Existenz jener institutionellen Mechanismen, die den widerständigen Akademiker*innen meist jungen und mittleren Alters helfen, sich vor dem existenziellen Druck der Verarmung und dem Mangel an Forschungs- und Reisegeldern zu schützen. Das institutionelle System, das politisch gefährdete Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterstützt, basiert auf einem im Zweiten Weltkrieg entwickelten Modell und geht davon aus, dass die Zeit des akademischen Exils nur wenige Jahre dauert und die Wissenschaftler*innen danach in ihre Länder zurückkehren werden, um ihre Arbeit fortzusetzen. Dies wird aufgrund der Polypor-Wissenschaft nicht der Fall sein, da das institutionelle und das für die Bewertung zuständige System grundlegend verändert wurden. Diese verlorene Generation von Wissenschaftler*innen – sie selbst nennen sich auch »die zurückgelassenen Wissenschaftler«, nachdem der Hauptsitz der Open Society Foundations und die Central European University Ungarn verlassen mussten – wird keine Bücher oder Zeitschriftenartikel produzieren. Denn sie werden langfristig keinen Zugriff mehr auf Ressourcen erhalten, da der Polypor-Staat alles für sich selbst nutzt. Wenn sie auswandern, werden sie auf dem bekanntlich schwierigen akademischen Arbeitsmarkt nur in Ausnahmefällen Zugang zu akademischen Stellen erhalten, wie das Beispiel von türkischen Wissenschaftler*innen zeigt, die emigriert sind und die es im Ausland schwer haben, im universitären Bereich eine Stelle zu finden. Dies betrifft in erster Linie die Sozial- und Geisteswissenschaftler*innen, da sie diejenigen sind, die mit ihren womöglich kritischen Erkenntnissen eine Gefahr für die Existenz des Polypor-Staates darstellen können.

Daher stellt sich die entscheidende Frage: Werden die Vertreter der Polypor-Institutionen im europäischen Kontext auf nachgiebige Akzeptanz stoßen, wenn sie für die beabsichtigte Zusammenarbeit eine üppige finanzielle staatliche Unterstützung mitbringen – oder wird ihnen Ablehnung und Verachtung entgegengebracht werden? Wenn nicht das Letztere passiert, dann ist es durchaus möglich, dass der Polypor andere, an sich demokratische Institutionen mit seinem machiavellistischen Umgang mit Werten und Moral infiziert. Schauen wir uns ein konkretes Beispiel an: Im verstaatlichten Forschungsinstitut für Gesellschaftswissenschaften der Ungarischen Akademie der Wissenschaften wurde plötzlich eine Forschungsgruppe für Familienwissenschaft eingerichtet; auch an der Corvinus-Universität, die zugunsten einer Stiftung mit staatlicher Mehrheit auf ihre Autonomie verzichten musste, wurde ein Masterstudienfach Familienwissenschaft gegründet, um den Studiengang Gender-Studies abzulösen. Nachdem ich die Kol-

leg*innen, die in den neuen Polypor-Studiengang involviert sind, in einem Privatgespräch nach ihrer Rolle in diesem Prozess befragt hatte, meinten sie, dass die Familienwissenschaft sehr wichtig sei, aber worin diese Wichtigkeit der Installation dieses neuen Fachs besteht, was die unentbehrlichen Inhalte sind, die die nun eingestellten Geschlechterstudien nicht bieten können, darüber schwiegen sie hartnäckig, und vor allem wollen sie zu den politischen Entstehungskontexten des neuen Studienfachs nichts gewusst haben. Die Polypor-Wissenschaft funktioniert genau nach diesem Schema: Sie bildet die Themen ab, höhlt sie von innen aus, entfernt die ursprünglichen Kerninhalte dieser Themen. Was zurückbleibt, ist eine Schale, höchstens mit der ursprünglichen Bezeichnung als Etikett, die sie mit den eigenen Inhalten füllt und dadurch das System am Leben hält. Aber existenzfähig ist dieses System nur durch den Beitrag derjenigen, die sich für die Kollaboration entscheiden, aus welchen Gründen auch immer. Ohne sie würde es zusammenbrechen.

In dieser Situation können wir nur hoffen, dass die eingangs erwähnten Plastikwürfel auf lange Sicht gesehen aus den großzügig finanzierten Büchern von Polypor-Wissenschaftler*innen hergestellt werden – und nicht aus unseren. Die Wissenschaft kann jedoch nicht umhin, auf die Herausforderungen, die sich mit dem Einzug der Polypor-Wissenschaft ergeben haben, eine Antwort zu geben. Dabei wird es nicht reichen, auf Objektivität zu pochen und sich in den Elfenbeinturm zurückzuziehen, denn dadurch verliert die Wissenschaft nur ihr Beziehungsnetz, ihre Unterstützung und ihr Eingebettetsein in die Gesellschaft und manövriert sich in eine ausgelieferte Lage.

4. Fazit

Ich hoffe, es geht aus meiner Argumentation klar hervor, dass uns ein langer Kampf bevorsteht. Aber was diesen Kampf angeht, können wir nur eines nicht tun: nicht mitkämpfen. Denn dann verlieren wir das Recht zum leidenschaftlichen Schutz der wissenschaftlichen Freiheit, die die Grundlage jeder wissenschaftlichen Arbeit ist.

Die Universität als Ort des Widerstandes wurde zuerst von den 1968er entdeckt und seitdem gilt diese Erkenntnis als etwas Selbstverständliches und geriet durch die Verstärkung des Dienstleistungscharakters des Unterrichts im Kreis der Dozent*innen in Vergessenheit. Die illiberalen Kräfte sind sich jedoch dessen ganz genau bewusst, welches Potenzial zum politischen und kulturellen Widerstand im Hochschulunterricht steckt, und deshalb okkupieren sie die Institutionen der Wissenschaft eine nach der anderen. Wir müssen uns gegen diese Bestrebungen wehren, denn auf dem Spiel steht nicht wenig: die Zukunft und das Fortbestehen der Gender Studies, auch die Existenz unserer Studierenden, die Möglichkeit über-

haupt, eine demokratische Wissenschaft zu betreiben. Ich hoffe, dieses Kapitel hat dazu beigetragen, den ersten Schritt einer kritischen Selbstprüfung zu wagen, um mit neuen Verbündeten dem zunehmenden Hass und der Ausgrenzung den gesellschaftlichen Raum zu nehmen.

Literatur

- Ferber, Abby L. (2018): »Are You Willing to Die for This Work? Public Targeted Online Harassment in Higher Education: SWS Presidential Address«, in: *Gender and Society* 32 (3), S. 301-320.
- Grzebalska, Weronika/Pető, Andrea (2018): »The Gendered Modus Operandi of the Illiberal Transformation in Hungary and Poland«, in: *Women's Studies International Forum* 68, S. 164-172.
- Kováts, Eszter/Pető, Andrea (2017): »Anti-Gender Movements in Hungary. A Discourse without a Movement?«, in: Roman Kuhar/David Paternotte (Hg.), *Anti-Gender Campaign in Europe*, Rowman and Littlefield, S. 117-133.
- Pető, Andrea (2016): »Anti-Gender Bewegungen in Europa. Was tun?«, in: *Gender Matters! Antifeminismus – Marsch für/gegen das (selbstbestimmte) Leben*. Infobrief zur geschlechterpolitischen Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung 6, S. 41-49, online unter: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/09501/06-2016.pdf> (vom 12.5.2020).
- Pető, Andrea (2019a): »Exorzismus per E-Mail. Ungarns Angriff auf die Geschlechterforschung ist ein Angriff auf die freie Gesellschaft«, in: *Geschichte der Gegenwart* vom 7.7.2019, online unter: <https://geschichtedergegenwart.ch/exorzismus-per-e-mail-ungarns-angriff-auf-die-geschlechterforschung-ist-ein-angriff-auf-die-freie-gesellschaft/> (vom 12.5.2020).
- Pető, Andrea (2019b): »Science for a Plastic Cube. Polypore Academia redefining the Rules of Science«, in: *Geschichte der Gegenwart* vom 2.10.2019, online unter: <https://geschichtedergegenwart.ch/science-for-a-plastic-cube-polypore-academia-redefining-the-rules-of-science/> (vom 12.5.2020).
- Pető, Andrea (2020a): »Genderforschung in Ungarn«, in: *Ungarn-Jahrbuch. Zeitschrift für interdisziplinäre Hungarologie* 35. Regensburg: Pustet, S. 29-44.
- Pető, Andrea (2020b): »Feminist Stories from an Illiberal State: Revoking the License to Teach Gender Studies in Hungary at a University in Exile (CEU)«, erscheint in: Katharina Bluhm/Gertrud Pickhan/Justyna Stypinska et al. (Hg.), *Gender and Power in Eastern Europe. Changing Concepts of Femininity and Masculinity in Power Relations*, Wiesbaden: Springer.
- Pető, Andrea (2021): »Gender«, erscheint in: Stephen Holmes/András Sajó/Renata Uitz (Hg.), *The Routledge Handbook of Illiberalism*, London/New York: Routledge (im Erscheinen).

